

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 48

Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,
Sonnabend, 26. November 1910.

Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfennig (der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

Eine Enquete der bayerischen Regierung über die Verhältnisse im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe.

Im Jahre 1907 hat eine bayerische Bauarbeiterkonferenz in bezug auf unsern Beruf in einer Resolution folgendes beschlossen:

1. Ein vollständiges Verbot der Weißfarbenverwendung von Reichswegen.
2. Die Anstellung von fach- und fachkundigen Kontrollorganen, welche aus Arbeiterkreisen zu wählen sind.
3. Die Ärzte und Krankenhausverwaltungen sind zu verpflichten, alle Krankheiten und deren Verlauf (Art, Dauer, Heilerfolg usw.), welche direkt oder indirekt auf Weißvergiftung oder deren Folgen basieren, in eigene Register einzutragen und letztere am Jahreschluß jeweils dem Reichsgesundheitsamte einzuliefern, um so den wirklichen Umfang der verheerenden Schäden festzustellen.
4. Entlich an Staats- und Gemeindebehörden das bringende Ersuchen zu richten, bei Vergabung staatlicher und behördlicher Arbeiten und in den Submissionsbedingungen für Maler- und Anstreicherarbeiten den Ausschluß aller Weißfarben zur Bedingung zu machen.

Diese Resolution wurde in Form einer Petition neben den übrigen Forderungen in bezug auf den Bauarbeiterbeschutz der Regierung übergeben, und im Landtag hatte die sozialdemokratische Fraktion sich in warmen Worten der Forderungen der Bauarbeiter angenommen. Von den obigen vier Punkten scheint nun der dritte bei der Regierung Beachtung gefunden zu haben, wenn auch in anderer Form, da das Staatsministerium des Meisters den vor kurzer Zeit eingesetzten Landesgewerbearzt angewiesen hat, über die Verhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe eine Statistik aufzunehmen, die bereits in Angriff genommen worden ist.

Diese Enquete erstreckt sich sowohl auf die wirtschaftliche wie auch auf die hygienische Seite und ist der erste Teil zu bearbeitenden Aufgaben des Gewerbearztes, während letzterer Teil dem Landesgewerbearzt in Verbindung mit den Bezirksärzten der einzelnen Städte und Landestelle übertragen ist.

So erfreulich es nun ist, daß die Regierung den Willen zeigt, die Verhältnisse in unserm Beruf klarzulegen und vielleicht auf Grund dessen weitere Verbesserungen gesetzgeberischer Natur in Vorschlag bringt oder im Bundesrat dahin wirkt, daß reichsgesetzlich mehr nach dieser Richtung getan wird, so bedauerlich ist es, daß die ganze Aufnahme daran krankt, daß sie von vornherein auf Stichproben angelegt ist. Das Ergebnis muß ein völlig verzerrtes Bild der wirklichen Verhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe sein. Man sollte meinen, daß es der Regierung nicht allzu schwer fallen dürfte, eine alle Betriebe und Personen umfassende Statistik herzustellen, der Mithilfe der Organisationskommission wäre sie in diesem Falle ebenso sicher gewesen, wie dies auch jetzt der Fall ist. Stichproben werden immer Zufälligkeiten ausgesetzt sein, die nie und nimmer ein völlig klares Bild ergeben können.

Das gleiche ist der Fall bei der Aufnahme nach der hygienischen Seite hin. In den größeren Orten ist durch die Mithilfe unserer Organisationskommission die ärztliche Untersuchung durch den Landesgewerbearzt und Bezirksärzte vorgenommen worden, allein in den kleineren und Mittelstädten sind die Kollegen vorgeladen worden auf die Rathäuser und dergl., während die in Fabriken beschäftigten in der Fabrik selbst untersucht worden sind. Während der erste Weg einwandfreier ist, kann aber der zweite Weg in vielen Fällen nicht der geeignete sein, da sehr oft in Abwesenheit der Fabrikleitung oder des Bureaupersonals die einzelnen Fragen nicht so beantwortet werden, als wenn man mit dem Arzt allein ist.

Diese Mängel der Organisation der ganzen Statistik müssen zunächst beachtet werden, wenn man zu dem Schluß kommt, daß die ganze Arbeit eine gewisse Haltbarkeit aufweist. Vielleicht bietet aber das Ergebnis der Statistik Gelegenheit, daraus für zukünftige ähnliche Arbeiten die entsprechende Nutzenanwendung zu ziehen.

I. Nun zu den Fragebogen selbst. Der Fragebogen A handelt von der Bezeichnung der Betriebsart, Namen der Firma, Ort des Betriebes, wie hoch die Zahl der regelmäßig beschäftigten Arbeiter ist, männlich — weiblich, wieviel unter 13 bis 14 Jahre, 14 bis 16 Jahre und über 16 Jahre. Die Frage, ob mit Motor und gegebenenfalls mit welchen Kräften dieser Betrieb betrieben wird, hat namentlich für die Fabrikbetriebe größere Bedeutung.

II. Arbeitsverhältnisse. Wie lange dauert die Arbeitszeit nebst den Pausen, ist die erste Frage. Dann heißt es weiter: In welchen Zeiten und in welchem Umfange kommt Arbeitszeitverkürzung vor, ebenso in welchen Zeiten Überarbeit, Sonntagsarbeit und in welchem Umfang. Diese Frage ist viel zu allgemein gehalten, als daß sie richtig beantwortet werden dürfte, namentlich dort, wo die Verbandsfunktionäre nicht mit Rat und Tat zur Seite stehen können. Die weiteren Fragen sind: Ist eine Kündigungsfrist vereinbart und welche Frist und Tag der Lohnzahlung. Die Fragen bezüglich der Lohnform, Wochen-, Tag-, Stunden- oder Stücklohn, müßten ausgedehnt werden auf die Frage nach dem Jahresarbeitsverdienst, sonst kommt vielleicht der Statistiker zu solchen Schlüssen, wie seinerzeit das Reichsstatistische Amt in Berlin anlässlich der „Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“, daß der Durchschnittslohn eines Malers und Anstreichers 1455.40 M. beträgt, welchen Lohn bekanntlich kaum 25 Proz. unserer Kollegen verdienen. Besteht ein Tarifvertrag und welcher? Auch diese Frage ist recht unbestimmt gehalten, so daß die Beantwortung sehr schwierig ist.

Lehrlinge. Die Zahl derselben, Lehrzeit, Lehrvertrag, ob Lehrgeld und wieviel bezahlt wird, ob Wohnung und Verpflegung im Hause des Arbeitgebers und ob für fachgewerblichen Unterricht, Zeichen- und Fortbildungskurse gesorgt ist.

III. Arbeitsverfahren. Die erste Frage ist: Werden noch Weißfarben oder andre bleihaltige Farben in trockenem Zustande zerkleinert und gemischt und ferner: Ob Weißfarben noch mit der Hand angerieben werden und in welchen Mengen. Bezüglich des Entfernens von Weißfarben oder Spachtelansätzen wird dann gefragt, ob dieses auf dem Wege des Abschleifens, Abwärens oder Abwärmens betätigt wird. Wieviel wird Bleiweiß in jährlichen Mengen bezogen (Gewichtsmenge). Ist die Verwendung des Bleiweißes unverändert, vermindert, abgeschafft. Diese Fragen sind zweifellos von der größten Wichtigkeit, allein ob diese so genau und gewissenhaft beantwortet werden, bleibt zweifelhaft, nachdem wir in sehr vielen Fällen die Beobachtung machen mußten, daß die Unternehmer, um die Einhaltung und Durchführung der Bundesratsverordnung zu umgehen, vorgeben, keine bleihaltigen Farben mehr zu halten, während bei genauem Zusehen und Untersuchung sich herausstellt, daß dieses doch der Fall ist.

Welche Weißfarben werden verwendet und in welchem Umfange ungefähr, ist eine äußerst schwierige Frage, die die Gehilfen wohl kaum zur Zufriedenheit beantworten können. Und welche Erfahrungen liegen vor mit dem Gebrauch bleihaltiger Farben in bezug auf die Kosten, Deckkraft, Haltbarkeit. Hier dürften die Meinungen noch sehr weit auseinandergehen, weil hier die Güte der Erbschäfte usw. eine große Rolle spielt.

In welcher Weise ist für Waschgelegenheit und Aufbewahrung der abgelegten Kleidungsstücke gesorgt, lautet die weitere Frage, die weiter hätte heißen müssen, ob jeder Gehilfe im Besitze eines Bleimertelbattes, eines Handtuches ist und wie dasselbe gereinigt wird, ob Besorgung seitens der Arbeitgeber über die Gefährlichkeit des Bleiweißes erfolgt namentlich den Lehrlingen gegenüber. Hier fehlt es nämlich am allermeisten, denn es ist bekannt, wie oft die Lehrlinge in geradezu schauerhaftem Zustande herumlaufen.

Ueber die Frage, ob etwa Wohlfahrtsrichtungen bestehen (Wäber, Urlaub, Gratifikationen) wäre zu sagen, daß dieses nur zum Teil in ganz wenigen Fällen auf Fabrikbetriebe zutrifft, aber für den Bauerberuf vollständig ausschließt.

Ein Ergänzungsfragebogen behandelt nun das wirtschaftliche Gebiet des Gehilfen, Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse. Wäre oben, wie schon angeführt, nach dem Jahresarbeitsverdienst gefragt, so würde sich ein Vergleich ziehen lassen zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsbudget des Arbeiters. Eine Befürchtung, daß dieser Lohn nicht angegeben worden wäre, ist grundlos, weil für die Steuerfaktung der Arbeitgeber ja doch der Lohn des Arbeiters eher höher als niedriger angibt. Immerhin ist es schon ein Fortschritt, wenn überhaupt die Regierung sich für die wirtschaftlichen Verhältnisse mehr interessiert als früher. Die Fragen sind nun folgende:

Familienstand und Kopfzahl der Familie. Wie lange 1909 arbeitslos im Verufe und etwaige weitere Beschäftigung. Angaben über Ernährungsverhältnisse: Hauptnahrungsmittel, täglicher Speiseplan, Angabe des Fleischverbrauchs, Tagesaufwand für Getränke, gegebenenfalls auch Rauchen. Angaben über Wohnungsverhältnisse. Zahl und Größe der Räume, Lage, Stockwerk und Mietpreis der Wohnung, etwaige Nachteile der Wohnung, Mieteunterstützung, etwaige Angaben über sonstige Veranlassungen, Weiterbildung, Vergnügen, Versicherungen, Sparkassen usw.

Der Erhebungsbogen zerfällt sich in drei Teile: 1. Erkrankungen ohne Bleiwirkungen seit 1. Januar 1907; 2. Bleikrankheiten; 3. Allgemeines Verhalten.

1. Zunächst sind Namen, Alter, wie lange im Maler- und Lackierergewerbe und wie lange im derzeitigen Betriebe tätig, anzugeben. Dann kommt die Zeit der Erkrankungsfälle, Name der Krankheit oder Verletzung, wie lange jedesmal krank.

2. Burden Bleikrankungen schon durchgemacht, in welchem Lebensalter und wie waren die Erscheinungsformen: Anämie, Röcheln, Kolik, Schlingung (wo), Schilddrüse, Gelenk- oder Nierenleiden usw. Wie lange dauerte jedesmal die Arbeitsunfähigkeit, was wird als Ursache angesehen, die Art der Arbeitsverrichtung, wie Abwärens, Anreiben, Anstreichen oder mangelnde Reinlichkeit, Waschgelegenheit usw.

3. Wie lange ist der Betreffende verheiratet, Alter der Frau, Zahl und Alter der Kinder. Sind Fehlgeburten oder Aborte eingetreten. Wann? Bestehen etwa Anämie, Bleisaum, Tremor, harter Puls, Arteriosklerose, Nervosität, Kopfschmerz, Lungen- und Nierenleiden, Gicht, Magen- und Darmstörungen, Verstopfung u. a. Wird regelmäßig warmes Mittagessen eingenommen? Wie verhält sich der Alkohol- und Tabakverbrauch, event. in Litern anzugeben. Leidet ein Kind an Geisteschwäche oder Epilepsie. Bemerkungen über Arbeitswechsel und Berufswechsel.

Wie man sieht, eine Reihe außerordentlich wichtiger Fragen, die schon in früheren Statistiken der Organisationskommission eine Rolle gespielt haben. Wenn nun statt der Stichproben eine alle Berufscollegen umfassende Aufnahme stattfinden würde, so wäre dieses bei genauer Durchführung ein Material, das die Verhältnisse im Beruf derart schildern würde, daß die soziale Lage der Berufscollegen ans Licht der Öffentlichkeit kommen würde, wie noch nie.

Aber selbst bei dem von der Regierung beschlossenen Umfang muß schon ein Bild unseres Berufes gewonnen werden, das so recht die sozialen Verhältnisse enthüllt, die einer Verbesserung bedürfen, und ebenso auch die Tatsache von neuem bestätigt werden dürfte, daß alle Maßregeln in bezug auf Arbeiterschutz betreffs der giftigen Weißfarben halbe Arbeit und nur Palliativmittel sind, die von uns fortgesetzt bekämpft werden müssen, und zwar so lange, bis das Ziel erreicht ist: Das Verbot der Weißfarben.

Und alle Verfügungen und Verordnungen können nichts helfen, wenn nicht für eine ausreichende Kontrolle gesorgt wird, und da ist erst durchschnittlich ein Sechstel aller Betriebe in den letzten Jahren revidiert worden.

Es steht zu hoffen, daß, wenn auch die Art der Statistik nicht voll befriedigen kann, das Material

dennoch dazu beitragen möge, daß die Erkenntnis in weitere Kreise getragen wird, daß nur das Verbot der Weisfäden eine Besserung der verheerenden Berufskrankheiten bringen kann und daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus so sind in Anbetracht der kolossalen Arbeitslosigkeit, daß eine weitere Verbesserung der Lebenslage eine dringende Notwendigkeit ist. Nach der Richtung aber wird man sich nicht auf die Regierung verlassen dürfen, sondern auf die Selbsthilfe, und dazu ist die Stärkung der Organisation die Hauptaufgabe der Kollegenchaft, weil nur dadurch den beiden Hauptforderungen der Arbeiterschaft der nötige Nachdruck verliehen wird, als da sind: Kampf für bessere Lebensverhältnisse und Kampf für besseren, ausreichenden Arbeiterschutz!

Der augenblickliche Stand der Genossenschaftsfrage.

I.

Die Stellung des Sozialismus zu dem Genossenschaftswesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte mannigfache Wandlungen erfahren. Es hat Zeiten gegeben, in denen man in den Genossenschaften — unter denen man allerdings ausschließlich Produktivgenossenschaften verstand — Keimzellen einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erblickte. Dann wieder gab es Zeiten, in denen die Genossenschaften als Spielereien betrachtet wurden oder gar als Hindernisse auf der Bahn zum sozialistischen Zukunftsstaat. Nimm: mehr ist die Zeit gekommen, die die große Bedeutung des Genossenschaftswesens für eine Hebung des Proletariats und für die Neugestaltung unsres Wirtschaftslebens zu erkennen beginnt. Der antikapitalistische Charakter der Genossenschaften tritt immer deutlicher zutage, und der Sozialismus bemüht sich immer mehr, den Strom der genossenschaftlichen Kollektivarbeit seinen Zwecken dienlich zu machen. Die zunächst noch rein theoretische Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen zahlreiche Kräfte eines edlen Solidarismus in sich birgt und daß es große Entwicklungsmöglichkeiten bietet, strebt nach praktischer Verwirklichung. So ist es zu verstehen, daß sich auch der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt hat. Und wenn dieser Kongress, im Gegensatz zu seinen Vorgängern der sechziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, nicht die Produktiv-, sondern die Konsumgenossenschaften in den Mittelpunkt seines Interesses und seiner Debatten gestellt hat, so erklärt sich dies eben daraus, daß heute die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumgenossenschaften die Träger des proletarischen Genossenschaftsgebauens geworden sind.

Unter allen auf dem Kongress anwesenden Genossenschaftlern herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emanzipationsbestrebungen stellen und sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse. Auseinander gingen nur die Meinungen darüber, wie dieses Ziel in der Praxis zu erreichen sei, mit anderen Worten, wie die Organisation der Genossenschaften zu gestalten sei. Da in den verschiedenen Ländern die Entstehung, Entwicklung und Zusammenfassung der Genossenschaften verschieden ist und da auch die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten sehr voneinander abweichen, so ist eine einheitliche Regelung der Organisationsform ein Ding der Unmöglichkeit. Während die belgischen Genossenschaftler eine innige Verbindung zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie forderten und dabei auf die Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaften ihres Landes hinwiesen, sprachen sich die deutschen Delegierten für eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung aus.

Diese letztere Auffassung über das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Sozialdemokratie fand denn auch die Zustimmung des Kongresses, der in einer Resolution erklärte: „Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.“ Es wurde jedoch der Wunsch hinzugefügt, es sei im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus erforderlich, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbstständigkeit angetastet würde, immer innigere werden.“ Mit dieser Lösung der Frage kann wohl jeder sozialistische Genossenschaftler zufrieden sein.

Interessant war es, die Einseitigkeit zu beobachten, mit der die verschiedenen Redner den sozialistischen Kern des Genossenschaftswesens herausfächelten und den Wert der Konsumgenossenschaften für die moderne Arbeiterbewegung betonten. Der Belgier Ansele hob hervor, welche Mückenstärkung die Genossenschaften dem Arbeiter während eines wirtschaftlichen oder politischen Kampfes zu bieten vermöchten, der Deutsche Wurm wies auf die Rolle hin, die die mit sozialistischem Geiste erfüllten Genossenschaften im Klassenkampfe spielen könnten, der Däne Berghiera erklärte, daß man die Genossenschaftsbewegung zu einer Waffe in der Hand

der um ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend ringenden Arbeiterklasse machen müsse, der Holländer Wibaut betonte den großen Wert der Genossenschaften im proletarischen Emanzipationskampfe, und der Argentinier Justo führte aus, daß die Genossenschaften imstande seien, die Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern. Nachdem v. Elm die Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung erwähnt und die Versicherung gegeben, daß es gelungen sei, alle drei Bewegungen mit dem einheitlichen Geiste des Sozialismus zu erfüllen, begründete der österreichische Delegierte Karpeles eine Resolution, die von einer Kommission ausgearbeitet worden war: „Die Kommission hat anerkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkte Vorteile gewähren, sondern auch die Art ihrer Organisation eine Waffe im Befreiungskampfe der Arbeiter darstellt. Besonderen Wert legt sie darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen, aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit. Von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst den Arbeitern die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigene Hand zu nehmen. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schieben, um sich selbst zu machen, den Sieg zu erringen. Wenn aber die Konsumvereinebewegung eine wirklich wirksame Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines verpflichtenden Beschlusses ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschafter und Parteigenossen ihre Pflicht gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen als bloße Warenverteilungsstellen. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Reingewinnes handelt, wenn es nötig ist, zur Selbstproduktion überzugehen oder eine höhere Form der Produktion anzustreben.“

Diese prinzipielle Übereinstimmung in der Bewertung der Konsumgenossenschaften und die weisse Zurückhaltung in der Beurteilung der verschiedenen Organisationsformen entspricht ganz dem, was man von einem internationalen Sozialistenkongress erwarten durfte. Die Einheitlichkeit in den Zielen und die Verschiedenheit in den Mitteln ist ja die charakteristische Eigenschaft der modernen Arbeiterbewegung. Und auch dieser Bewegung sollen die Genossenschaften dienen, indem sie berufen sind, um mit den Worten der Resolution zu sprechen, „die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten.“ Und wenn sie in diesem Sinne wirken, so werden sie zu einer Waffe im Klassenkampfe, den das Proletariat zu führen gezwungen ist. Es war daher selbstverständlich, daß der Kongress alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Nicht minder als der Sozialismus im allgemeinen nimmt auch die Sozialdemokratie dem Genossenschaftswesen gegenüber eine ganz andere Stellung ein als früher. Die geistigen Väter dieser Partei, Marx und Lassalle, waren darin einig, daß nur die Produktivgenossenschaften imstande seien, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beeinflussen und umzugestalten. Die Konsumgenossenschaften schieben hierbei vollständig aus, denn man suchte die Ausbeutung lediglich im Gebiete der Gütererzeugung; die durch den Handel stattfindende Ueberverteilung der Konsumenten spielte eine nebensächliche Rolle, und Lassalle erklärte ausdrücklich, es sei falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, man müsse ihm vielmehr dort helfen, wo ihn der Schuh drücke, nämlich als Produzenten. Man sprach damals mit Nachdruck von der kapitalistischen Produktionsweise und ließ dabei die Mängel der kapitalistischen Verteilungsweise ganz außer acht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete noch der sozialdemokratische Parteitag vom Jahre 1892 das Genossenschaftswesen.

Inzwischen ging die genossenschaftliche Praxis ruhig ihren Weg und in ihrem Gefolge wandelte sich die Theorie von Grund auf um. Es stellte sich heraus, daß der Arbeiter als Käufer der verschiedenen Waren ebenso ausgebeutet werde wie als Verkäufer seiner Ware. Arbeitkraft, und es zeigte sich auch, daß gerade die Konsumgenossenschaften berufen seien, dem Arbeiter in seinem wirtschaftlichen Kampfe wesentliche Dienste zu leisten. Jetzt schlug die Stimmung um, denn je mehr die Konsumgenossenschaftsbewegung sich ausbreitete und

die Augen der Welt auf sich zog, desto mehr wurde auch die Sozialdemokratie genötigt, der Genossenschaftsfrage näher zu treten. Und so erklärte es sich, daß der diesjährige Parteitag in Magdeburg diese Frage auf seinem Programm hatte.

Infolge verschiedener Umstände konnte die Frage, welche Stellung die Genossenschaften im modernen Wirtschaftsleben einnehmen und in welchem Verhältnis sie zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie stehen, nicht mit der Gründlichkeit erörtert werden, wie es im beiderseitigen Interesse wünschenswert gewesen wäre. Wer die Anschauungen weiter Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über das Genossenschaftswesen kennt und wer die Debatte auf dem Parteitage verfolgt hat, wird einräumen müssen, daß eine Klärung sehr notwendig und daß es nicht genügt, sich einfach als Erfolganebeter zu produzieren und sich mit der genossenschaftlichen Praxis abzufinden. Die dem Parteitage vorgelegte Resolution hob die praktischen Erfolge der Genossenschaften hervor: „Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen. Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breitesten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumgenossenschaften hingewiesen.“

Auch der Referent, Genosse Fiehn er aus Dresden, legte den Hauptwert auf die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumentenorganisationen, wenn er auch nicht verkannte, daß die mit sozialem Geiste erfüllten Genossenschaften in der Lage seien, wertvolle soziale Arbeit zu leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten könnten die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.“

Der Referent hielt sich aber für verpflichtet, vor einer Ueberschätzung der Genossenschaftsbewegung zu warnen, als ob sie einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnte. Die Nebenart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterwühlt werden könnte, sei allerdings einmal ein schöner Traum. Auch der Genosse Wurm-Berlin unterstrich in der Diskussion diese Auffassung, indem er die seiner Meinung nach in gewissen Kreisen vorhandene Ausschlingstheorie verpönte, die da meine, man könnte den kapitalistischen Klassenstaat von innen heraus aushöhlen und dadurch zu Fall bringen.

Um diese Auffassung von der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Emanzipationskampfe des Proletariats zu beseitigen, forderte man, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige reservierte Stellung gegenüber der Genossenschaftsbewegung aufgäbe und daß die Parteigenossen durch Massenbeitritt die Konsumvereine zu wirtschaftlichen Organisationen im Sinne der Sozialdemokratie gestalteten. Allerdings solle dadurch keine Abhängigkeit der Genossenschaften von der Partei geschaffen werden, aber ein auf gegenseitiger Unterstützung beruhendes Verhältnis müsse angebahnt werden. Zu dem Zwecke sei es nötig, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung der Konsumentenorganisationen rickhaltlos anerkenne, wie dies die Resolution in den Schlußsätzen zum Ausdruck bringt: „Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Einreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats; denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Während somit in der Praxis eine Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaftsbewegung herbeigeführt worden ist, bleiben in der Theorie noch verschiedene Differenzen bestehen. Offenbar herrscht heute noch eine gewisse Abkalt zwischen Partei und Genossenschaft — ähnlich wie sie einstmals zwischen Partei und Gewerkschaft bestand — und es wird noch eine gründliche Aussprache nötig sein, um hier eine geistige Einheit zu schaffen. Die Frage ist ja die, ob die Konsumgenossenschaften gleichberechtigte Faktoren im proletarischen Emanzipationskampfe sind resp. werden können oder ob sie nur eine Ergänzung, gewissermaßen eine Hilfsgruppe in diesem Kampfe bilden. Die letztere Auf-

fassung ist die offizielle, in der Parteitagresolution zum Ausdruck kommende, doch erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß auch die erstere noch einmal sich zur maßgebenden Auffassung durchringen könnte.

Miete und Einkommen.

Der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, M. Ruczynski, veröffentlicht jedoch eine hochinteressante Untersuchung über das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen, auf Grundlage sämtlicher seitherigen amtlichen Erhebungen in deutschen Städten.

Über diese weiteren Untersuchungen haben noch ergeben, daß das von Schwabe gefundene Verhältnis nicht im Abnehmen begriffen ist, sondern sich verschärft.

Table with 6 columns: Einkommen, Miete in Prozent des Einkommens (1867/68, 1873/74, 1881/82, 1890/91, 1900/01). Rows show income brackets from 900-1200 to 3000-6000.

Man vergleiche zunächst die fernschritten Entwicklungsstufen. Während die Einkommen von 900 bis 1200 M. bei der letzten Erhebung 1900/01 24,7 Prozent, das ist rund ein Viertel, für Miete bezahlten mußten, sank dieser Betrag bei den Einkommen von 6000 bis 9000 M. auf 15,1 Prozent und bei den höchsten Einkommen von über 60000 M. auf 3,0 Prozent.

Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete! Die Mietquote ist bei den kleinen Einkommen gestiegen, bei den großen gesunken; das sind die beiden wenig erfreulichen Resultate, zu denen man auf Grund des vorliegenden Materials kommen muß.

Aus unserem Berufe.

Entwurf für die Verhandlungen in den Ortsämtern zu einem Regulator des Paritätischen Arbeitsnachweises im Maler- und Lackierergewerbe für den Bezirk 6 (Mitteldeutschland).

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Maler- und Lackierergewerbe und dem Verband der Maler,

Arbeitslosen-Statistik aus dem 2. Bezirk vom 1. Juli bis 30. September 1910.

Large table with columns for Branch (Zentrale), Number of unemployed (Zahl der Arbeitslosen), and various statistics for July, August, and September across cities like Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden.

Lackierer, Anstreicher, Lüncher usw. in wird für die Dauer des Tarifses ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet.

Dieser tritt am in Kraft. § 1. Die Geschäftsstunden des Arbeitsnachweises sind: vormittags von . . . bis . . . Uhr, abends von . . . bis . . . Uhr.

§ 2. Die Tätigkeit der Arbeitsnachweisstelle erstreckt sich auf die Orte

Ueber dieses Gebiet hinausgehende Vermittlungen können nach vorhergehender Verständigung mit den zuständigen Bezirksnachweisen erfolgen.

§ 3. Die Vermittlung erfolgt für alle Betriebe des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes, soweit von ihnen die tariflichen Bedingungen anerkannt und eingehalten werden.

§ 4. Die Eintragung der sich arbeitslos meldenden Gehilfen und der eingehenden offenen Stellen erfolgt der Reihenfolge nach. Ebenso ist bei der Vermittlung von Arbeitskräften nach der Reihe der erfolgten Anmeldungen zu verfahren.

§ 5. Die Eintragung der länger bei einem Arbeitgeber beschäftigt gewesen sind, aussetzen, so steht es dem Arbeitgeber frei, diese außer der Reihe, durch den Nachweis, wieder einzustellen.

Bei größerer Nachfrage sind die vorhandenen Arbeitskräfte möglichst gleichmäßig, im Verhältnis zur Anmeldung, auf die gemeldeten offenen Stellen zu verteilen.

§ 6. Außer der Reihe werden Gehilfen untergebracht, die durch Eintreten für den Tarif arbeitslos geworden sind und bei Sperren laut § 10 des Tariftarifs. Die Befähigung der Maßregelung ist durch das Ortsamt beizubringen.

§ 7. Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer sind verpflichtet, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, die nachgewiesenen Personen oder die angebotenen Stellen anzunehmen.

Wer ohne zwingenden Grund dreimal hintereinander sich weigert, eine angebotene Stelle oder einen nachgewiesenen Gehilfen anzunehmen, wird gestrichen und in der Liste hinteran gesetzt.

§ 8. Bei Vermittlungen nach auswärts ist die ungefähre Zeitdauer der Arbeitsgelegenheit und der tarifmäßige Lohn anzugeben. Auch werden auswärtige Befestigungen nur insoweit beachtet, als das Fahrgehalt für die zu Vermittelnden gleich mit eingeschickt wird.

Ist bei auswärtigen Vermittlungen die Stelle bereits besetzt, ohne daß dies dem Nachweis gemeldet ist, so ist das Fahrgehalt für Hin- und Rückfahrt sowie die auszuwendende Zeit zu vergüten.

Für Bestellungen von auswärts ist eine Einschreibgebühr von . . . zu entrichten.

§ 9. Die ausgestellten Ueberweisungskarten sind binnen 24 Stunden mit der Unterschrift des Arbeitgebers von diesem an den Nachweis zurückzuschicken, widrigenfalls kann eine weitere Berücksichtigung nicht stattfinden.

§ 10. Stellenangebote und -gesuche in öffentlichen Blättern sind verboten, ebenso die Benutzung anderer Nachweise und das Nachfragen der Gehilfen.

Hierbei ausgenommen sind Berufsleiter und Zeichner, auch können berechnigte Wünsche der Arbeitgeber bei Einstellung schriftlich von auswärts meldender Gehilfen durch den Arbeitsnachweis berücksichtigt werden.

Jeder Gehilfe ist im eigenen Interesse verpflichtet, sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Nachweis zu melden.

Bei der Anmeldung wird jedem eine Kontrollkarte ausshändig, diese ist bei der Kontrolle zur Abstempelung vorzulegen.

§ 11. Die Kontrolle findet täglich vormittags statt. Wer diese dreimal hintereinander verläumt, wird in der Arbeitslosenliste hinteran gesetzt. Ausnahmen sind nur zulässig bei militärischen Übungen und in Krankheitsfällen.

§ 12. In ersterem Falle für die Dauer der Übung, im zweiten Falle für 14 Tage behält der Betreffende seine Nummer, sofern die Meldung innerhalb drei Tage erfolgt.

§ 13. Dauert eine zugewiesene Arbeit nicht länger als drei Tage, so gilt sie als Hilfsarbeit und bleibt der Betreffende im Besitze seiner bisherigen Meldenummer.

Hilfsarbeit wird nur einmal an Arbeitsuchende der Reihenfolge nach verteilt.

§ 13. Bei tariflichen Differenzen muß auf Beschluß des Ortsamtes die Vermittlung für die betreffenden Meister oder Gehilfen eingestellt werden und zwar bis zum ordnungsgemäßen Austrag des Streitfalles. Hierbei muß das Ortsamt dem Nachweisführenden ungesäumt Mitteilung machen.

§ 14. Die Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwaltung des Arbeitsnachweises steht den Ortsämtern zu. Die Vertreter der Vertragsparteien sind jederzeit zur Einsichtnahme in die Geschäftsführung berechtigt.

§ 15. Streitigkeiten, welche infolge der Vermittlung zwischen Meister und Gehilfen entstehen, unterliegen dem Ortsamt zur Entscheidung. Diese Entscheidung ist endgültig. Die Beschwerde ist an den jeweiligen Obmann einzulegen.

Bei Streitigkeiten über die Verwaltung des Nachweises ist Berufung an das Ortsamt zulässig.

§ 16. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch je einen Beauftragten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam. Die Kosten für den Nachweis tragen die Vertragsparteien zu gleichen Teilen.

§ 17. Zur Verwaltung des Nachweises wird eine paritätische Kommission von sechs Mann eingesetzt.

§ 18. Zum Ausgleich über Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften können die im Gau befindlichen Arbeitsnachweisstellen untereinander in Verbindung treten.

Es wird empfohlen, die Arbeitsnachweise an die Städtischen Arbeitsnachweise anzuschließen, um den Parteien dadurch Kosten zu ersparen.

Versammlungsberichte.

Landsberg a. W. In unserer am 8. November tagenden Mitgliederversammlung hielt der Obmann des hiesigen Gewerkschaftsartells, Gen. Neumann, einen Vortrag über „Die wirtschaftlichen Kämpfe“.

Tabellarische Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Filialen für das 3. Quartal 1910.

Table with columns for location names, various financial categories (Einnahmen, Ausgaben, etc.), and member counts. Rows list numerous locations such as Aachen, Altenburg, and Aachen, with corresponding financial data.

Main table with columns: Namen der Filialen, Spalten vom letzten Quartal, Beiträge, Eintrittsgelder, Duplikate, Protokolle, Extramarken, Aufschlag aus h. Hauptkasse, Sonstige Einnahmen, Zu viel gefandt, Gesamt-Einnahme, Entschaden d. letzten Quart., Streif-Unterstützung, Kranken-Unterstützung, Reise-Unterstützung, Sterbe-Unterstützung, Gemäßregel-Unterstützung, Rechtsschutz, Gehälter und Versicherung, Sonstige Ausgaben, an den Filialen verbleiben, zu wenig gefandt, an die Hauptkasse eingeliefert, Gesamt-Ausgabe, Bilanz-Veränderungen, Mitgliederzahl.

Abrechnung der Hauptkasse über das 3. Quartal 1910.

Table for 'Abrechnung der Hauptkasse über das 3. Quartal 1910' showing Einnahme (Zurücklagen, Eintrittsmarken, Duplikate, etc.) and Ausgabe (Agitation, Vereins-Anzeiger, Kosten des Haupt- und der Gauaristämter, etc.).

Table for 'Abrechnung über den "Vereins-Anzeiger" vom 3. Quartal 1910' showing Einnahme (Druckkosten, Schreibmaschine, etc.) and Ausgabe (Druck, Satz und Papier, Expedition, etc.).

Bilanz: Einnahme 353 958.11 M, Ausgabe 205 754.26 M, Ergibt eine Mehreinnahme im 3. Quartal 148 203.85 M. Berichtung: In der in Nr. 39 des "Ver.-Anz." veröffentlichten Abrechnung muß es heißen: Für Agitation 10 907.65 M. und an die freireisenden Kollegen in Budapest 1000 M. - statt für Agitation 11 907.65 M.

Table for 'Abrechnung über den "Vereins-Anzeiger" vom 3. Quartal 1910' showing Einnahme (Von der Hauptkasse, für Annoncen, etc.) and Ausgabe (Druck, Satz und Papier, Expedition, etc.).

Rechtlich und für richtig befunden. Hamburg, den 16. November 1910. A. Tobler, Vorsitzender. J. Reich, Sekretär. Chr. Krone, Wilh. Lassen, Revisoren.

Magdeburg. (Zur Situation.) Nachdem die mehrere Jahre anhaltende Depression des gesamten deutschen Wirtschaftslebens einigermaßen vorüber ist und in vielen Orten einer aufsteigenden Konjunktur Platz gemacht hat, kann auch von hier festgestellt werden, daß sich im Bau- und Gewerbe in diesem Jahre und besonders im Herbst eine lebhaftere Tätigkeit entfaltete. Dieser wirtschaftliche Aufschwung hat der Filiale erfreuliche Fortschritte gebracht,

wie folgende Zahlen zeigen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 3. Quartals 1906 370 Mitglieder; 3. Qu. 1907 332 Mitgl.; 3. Qu. 1908 313 Mitgl.; 3. Qu. 1909 451 Mitgl. und 3. Qu. 1910 537 Mitglieder. Während in den Jahren 1906/08 infolge der bekannten Auswanderungskrise ein Mitgliederabgang eintrat, hat die Filiale in den folgenden Jahren eine wesentliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Aufnahmen wurden ge-

macht; 1906: 137, 1907: 135, 1908: 116, 1909: 264 und bis 1. Oktober 1910: 267 Aufnahmen. Am Schlusse des 3. Quartals 1910 hatten 491 Mitglieder, unter Gläubigerrechnung von 31 beitragsfreien Marken, volle 13 Wochen Beiträge geleistet, gegen 382 im Vorjahre. Die im 3. Quartal aufgenommene Statistik über die Angehörigkeitsdauer der Mitglieder zur Organisation ergab von 521 Mitgliedern folgendes Resultat: 1 Mitglied 20 Jahre,

Frankfurt a. M.-Oberau. Am Samstag den 5. November verstarb unser langjähriges Mitglied Peter Herber I im Alter von 40 Jahren.
 Frankfurt a. M.-Stierstadt. Am Sonntag den 6. November starb unser Mitglied Georg Gottschall im Alter von 22 Jahren.
 Hamburg. Am 11. November starb nach schweren Leiden unser Mitglied Alois Schenkemeier im Alter von 33 Jahren.
 Magdeburg. Am 11. November verstarb der Kollege Paul Grewe an einer Blinddarmerkrankung im 25. Lebensjahre.
 Ehre ihrem Andenken!

**Vereinstell.
 Bekanntmachung.**

Die Adresse des Obmanns des Ausschusses ist jetzt: H. Leinert, Hannover, Nikolaistr. 7 I., 3. 4.
 Bestätigt werden die bis zum 20. November gemeldeten Neu- und Ersatzwahlen der Filialverwaltungen.
 Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 7a des Statuts Josef Michels, Buchn. 67444, durch die Filiale Augsburg.
 Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 15. bis 21. November.
 Eingekandt wurde für die Hauptkasse: Herford 100, Göttingen 85, Cottbus 150, Düsseldorf 600, Hamborn 100, Worms 40, Duisburg 150.
 Die mit Schluss des Jahres 1910 zum Umtausch kommenden Mitgliedsbücher können schon jetzt, soweit die Beiträge bis zur 52. Woche bezahlt sind, an die Hauptkasse behufs Umtausches eingekandt werden.
 Material wurde versandt:
 B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
 D. = Duplikatmarken. E. = Kalender.
 Fr. = Broschüren. Pr. = Protokolle.
 M. M. = Marken-Mappen. F. = Futterale.
 Altona 400 B. a 60 S.; Merschleben 5 S.; Bahrenth 15 S.; Bochum 50 S., 15 S.; Bremerhaven 50 S.; Coblenz 6 S.; Colmar 10 S.; Cottbus 10 S.; Erfeld 12 S.; Grimnitzschau 25 S.; Düsseldorf 4000 B. a 30 S., 100 S., 10 S., 10 M. M.; Eberfeld 50 S.; Essen 50 S.; Gera 15 S.; Göttingen 1600 B. a 20 S., 30 S.; Hagen 30 S.; Hamm 20 S.; Hildesheim 400 B. a 60 S.; Kolberg 6 S.; Legnitz 30 S.; Lindau 200 B. a 55 S.; Mainz 10000 B. a 30 S., 10 S.; Mannheim 30 S.; Meerane 25 S.; Oranienburg 10 S.; Pforzheim 25 S.; Potsdam 20 S.; Rostock 400 B. a 60 S.; Siegen 800 B. a 25 S., 35 S.; Singen 10 S.; Waldenburg 200 B. a 55 S.; Wismar 400 B. a 25 S., 10 S.; Würzburg 2 M. M.
 S. Wenker, Kassierer.

**Zentral-Franken- und Sterbekasse
 der Maler und verw. Berufsge nossen Deutschlands**
 (Eingekandete Hauptkassen Nr. 71.)
Bericht des Hauptkassierers vom 13. bis 19. November.
 Ueberflüsse wurden von folgenden örtlichen Verwaltungen eingekandt: Schulze-Spandau M. 150, Strapp-Hamburg 100, Stein-Berlin 5000, Köhler Steglitz 300, Siebert-Erfurt 200, Eggert-Flensburg 70, Wehrle-Hamburg (St. Georg) 250, Hoff-Altona 200, Schreiner-Freiburg i. B. 200, Baganz-Friedrichshagen 100, Kratochwil 100, Marxlein-München 200, Zimmer-Oberhörsing 100, Weide vom 3. Quartal M. 75 durch Wirth erhalten.
 Frankengelder erhielten: Buchn. 24318 E. Spielmann in Cassel M. 13.50, Buchn. 28045 R. Walsed in Breslau 13.50, Buchn. 24851 M. Krause in Breslau 13.50, Buchn. 24388 N. Frey in Cassel 13.50, Buchn. 24824 R. Wittner in Breslau 13.50, Buchn. 15937 W. Jäger in Lambshelm 13.50, Buchn. 12964 E. Jülle in Randers 13.50, Buchn. 14883 C. Vollbrandt in Rendsburg 13.50, Buchn. 7699 J. Hartmann in Hofheim 15.75, Buchn. 33379 S. Wappler in Kettwig a., Buchn. 5505 R. Bohmann in Cassel 13.50, Buchn. 26981 F. Faber in Schmiedefeld 24.75, R. Langner in Breslau 13.50, Buchn. 24806 Th. Mühlfried in Breslau 13.50, Buchn. 5478 R. Sottenrodt in Cassel 15.75, Buchn. 5479 G. Sprenger in Cassel 13.50, F. Warnde, Hauptkassierer.

Anzeigen.

Detmold.
 Die Reisenunterstützung wird nicht Obere-straße 26, sondern in der
Zentralhalle
 ansbezahlt. Filiale Detmold.
 S. A.: S. Schlüter.

Der Kollege **Paul Glatzel**, geb. am 22. Januar 1887 in Friedewalde, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Filiale Weizhan gegenüber nachzukommen.
 S. A.: P. Köhn, Brüderstr. 105.

Ein in bester Marschgegend, größtes Dorf eines Kreises der Provinz Schleswig-Holstein, gelegenes altes mit sehr gutem Nutzen betriebenes **Malergeschäft** mit neuen Gebäuden, Gartengrundstück, mit jährlichem Umsatz von 8000 Mark, ist für 9500 Mark zu verkaufen. Anzahlung die Hälfte. Nur direkte Reflekt. unter N. an die Exped. d. Bl.

Bestes Maler-, Lackierer- u. Anstreicher-Geschäft
 mit Grundstück, sehr alte Existenz (Provinz Brandenburg) wegen andauernden körperlichen Leidens für 27 000 Mk. zu verkaufen. Das Geschäft kann angelehnt werden. Nur Kapital-kraftige finden Berücksichtigung. Offerten unt. **H. F.** an die Expedition dieser Zeitung.

Malerschule Buxtehude
 Größte Schule für Dekorationsmaler.
 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise.
 Prosp. gratis durch die Direktion.

Malerschule in Hameln
 Bez. Hannover (unter staatlicher Aufsicht).
 Hauptfächer: Dekorations-, Schriften-, Holz- und Marmor-malerei. Anerkannt bedeutende Erfolge durch das besttätigte Fachlehrerpersonal.
 Getrennte Lehrfächer. Frequenz im W.-S. 1909/70 Schüler.
 Prosp. umfasst d. d. Schulleitung C. Nordmann.

Schule für Holz- u. Marmor-malerei
 Gustav Bendfeldt, Düsseldorf
 Kruppstrasse 111, III.
 Anmeldungen zu jeder Zeit.

Malerschule zu Bremerhaven
 von **C. H. Dreier** Grabenstraße Nr. 22
 Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

Ornament, Blumen, Figur
 15. Okt. **Malerschule Schütt** Illustr. Prospekt gratis
 bis **WILHELMSHAVEN,**
 Wallstrasse 15.
 15. März in Fachkreis, als erstklassig bekannt. (Grösstes neubarbares Atelier).
Holz und Marmor.

Abend- und Tages-Kursus in Holz- und Marmor-malen
 Montags, Mittwochs, Freitags abends und Sonntags, Monat 11 Mk. (am Tage 16 Mk.)
Schrift und moderne Maltechniken
 = 4 Mk. monatlich (Speziallehrer)
Ausstellung jeden Sonntag 10-12 Uhr.
 A. Clauss, Altona, Allee 223, nahe Flora.

Maler-Kalender 1911

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weisbinder Deutschlands. 10. Jahrgang.
 Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfg.
 Jeder Einzelbestellung sind 10 Pfg. für Porto extra beizulegen.

Von März bis August d. J. wurden 13 Schüler für ihre Arbeiten prämiert, darunter mit Handwerkskammerpreis und silberner Medaille.

Malerschule zu Hamburg
Wilhelm Schütze, Beim Strohhause 12
 Reich illustr. Prospekt gratis
 ist jetzt von 6-9 Uhr Dienstags und Freitags abends.
Schriftmalen Sonntags von 9-12 Uhr.
 Monatlich nur Mk. 6.— Täglich Eintritt.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
 Prospekt über das rühmlichst bekannte
Mahlers Fondin
 Mahler & Co., Bamberg II
 versendet gratis und franko

Die grossen Erfolge
 auch im letzten Semester bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.
Schule für Holz- und Marmor-malerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5
 Lindenstrasse 19.
 Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt

Schule für Holz- u. Marmor - Malerei
M. NABBen
Düsseldorf
 = Gegründet 1896 =
 Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaille. — Von mir ausgebildete Schüler — erhielten erste Preise und Medaillen. —
 Semester vom 1. November bis 1. März.
 Auf Wunsch 8 Tage Probe-Unterricht gratis.

Erwiesen
 ist wiederum durch die diesjähr. grossen Erfolge der Schüler bei Fr. Schott nur 1 Monat Unterricht zur gründl. Erlernung von Holz oder Marmor. Verlangen Sie daher neuest. illustr. Prospekt (Buchform) mit d. Arbeiten d. Schüler, welche 1910 auf d. beschickten Ausstellungen Norddeutschl. u. Dänemarks. 1. Preis, höchste Auszeichnung u. hohe Anerkennung erhielten, gratis u. franko von **Fr. Schott, Spezialschule für Holz-, Marmor- und zeitgemässe Maltechniken, Schwerin i. M. 5.**

I. Münchener Holz- u. Marmor-schule
 und Schriftenmalerei
Wilhelm Klingelmann, München
 Prospekte gratis Liebigstr. 22 Prospekte gratis
 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—
 Landschaften, Blumen, Frucht- und Seestücke etc.
 Ph. Brühl, Deffen i. Westf.

Zentrum
 treffen Sie, wenn Sie unsere Oelporträts nach irgend einer Photographie vergrößert, künstlerisch nach patentiertem Verfahren hergestellt, an das Publikum zu 27.50 bis Mk. 100.— verkaufen. Jeder Mensch hat gern ein Oelbild von dem ihm Nahestehenden. Wir liefern Ihnen sprechend ähnliche Oelporträts 30/40 cm zu Mk. 10.—, andere Grössen zu anderen entsprechenden Preisen.
 Einkauf Mk. 10
 Verkauf Mk. 27.50 bis Mk. 100.—
R. Swierzy, G. m. b. H., Berlin S 42, Oranienstrasse 70.
 — Näheres gratis und franko. —

Nur 1 Mark (Porto 20 Pfg. extra) anstatt 4 Mark kostet jetzt das Werk:
Blumenschule.
 Leichte Vorlagen für den Selbstunterricht (Umrissblätter zum Ausmalen, Zwischenstufen, Untermauerung und Schattierung). 16 Tafeln und Text von J. Höppner, Vorrat gering. Deshalb umgehende Bestellung erforderlich. E. Haberland, Leipzig-R. 101.

Gratis und franko
 erhalten Sie d. künstl. reich ill. Prospekt d.
 Neuen
prachtvoll. Schülerarbeiten
 vom kunstgewerblichen
Institut für Maler
 (erste schweiz. Malerschule)
H. Schmid-Engweiler, Zürich
 Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karten 10 Pf.

Lager in prima Pinseln,
 Plafondbürsten, Leitern, Farbgefässen, Lacken, Farben, Schablonen und Pauspapier.
 Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billigster Berechnung.
P. Steel, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Maler-Mäntel,
 beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.
 110 120 130 140 cm lang
 jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 Mk.
 Dosen 2.— Mk., Mützen 40 S., reinleiniene Militär-Dress-Dosen und -Jacken à 3.— Mk., Extra-Größen 3.30 Mk. 11. Dual 25 S. billiger.
 Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.
D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

Büding's
Maleranzug
 „In Einem“
 D. N. G. M.
 Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit.
 Vollkommenster Anzug der Welt.
 Generalvertrieb für Deutschland:
George Evans
 Ernst Merdstr. 12
 Hamburg.

ORIGINAL
M. Mosberg
 BIELEFELD
 Grösstes Spezial-Haus Deutschlands
 Bestbewährte
Kleidung für Maler Lackierer etc.
 Direkter Versand ab Fabrik an jedermann. — Preislisten gratis. Verkaufsstellen in fast allen Orten, kenntlich durch nebenstehendes Plakat.
M. Mosberg & Bielefeld
 Spezialfabrik für Berufsbekleidung.
Zur Beachtung! Meine echten, weltberühmten Fabrikate haben alle neben der bekannten Schutzmarke den Namen »Original M. Mosberg« eingnäht, was Sie sich bei jedem Einkauf unbedingt zeigen lassen wollen. Garderoben ohne diese Marke sind nicht von mir.
 Der heutigen Nummer liegt die Nr. 48 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.
 Für die Redaktion verantwortlich **M. Mart,** Hamburg, Schmalenbuckerstraße 17.
 Verlag von **S. Wenker,** Hamburg 22.
 Druck von **Friedrich Meyer,** Hamburg 23